

Verlagsgesellschaft Dresden,
Anzeigenpreis: die 11spaltige 22 mm breite Zeile 6 Pfg.
für Familienanzeigen 5 Pfg.
Für Postgebühren können mit keine Gewähr leisten.

Erste Seite 6 mal wöchentlich.
Monatlicher Bezugspreis durch Träger einseitig 30 Pfg.
bei 60 Pfg. Trägerlohn 1,70; durch die Post 1,70 einschließlich
Postgebühren, jährlich 20 Pfg. Post-Verkauf.
Einzelnummer 10 Pfg. Die Geschäftsverh. Sonntag und
Festtage Nummer 20 Pfg.

Sächsische
Vollzeitung

Freitag, 25. Oktober 1935

Schiffahrt: Dresden-N., Vollekt. 17, Januar 20711 u. 21012
Schiffahrt, Druck und Verlag: Germania-Verlagsgesellschaft
Verlag 24, und G. Winkel, Postfach 17, Januar 21012,
Postfach: Nr. 1024, Bank: Staatsbank Dresden Nr. 94797

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einleitender Betriebs
störungen hat der Bezugsnehmer über den Bezugsnehmer keine
Gewehr, falls die Zeitung in beständiger Ausgabe, sonst
über nicht erfolgt. — Erfüllungsort Dresden. — — —

Ruhepause im Abessinien-Krieg?

Stillstand der Operationen in Ostafrika

Die polnisch-tschechische Spannung

Komara, 24. Okt.
(Funkspruch des Kriegsverrichters des DNB.)
Dieser maßgebende Kreis äußert sich möglichst wenig über
den Stillstand der militärischen Operationen
in Ostafrika. Es vertritt sich mehr und mehr der Eindruck,
daß dieser Stillstand hauptsächlich auf die Ausgiebigkeit
der Verhandlungen in Europa zurückzuführen ist. Eine Reihe
von Pressevertretern ist aus Eritrea abgereist, vielfach ist man
in Pressekreisen der Ansicht, daß die Feindschaften schon im
Dezember endgültig durchgeführt sein würden. Auf italie-
nischer Seite erklärt man, daß weitere militärische Oper-
ationen schon deshalb gegenstandslos erschienen, weil sich jetzt
eine „allmähliche politische Durchdringung“ vollziehe. Selbst
aus den Gebieten Abessiniens, die jenseits der von den italie-
nischen Truppen besetzten Stellungen lägen, träfen täglich Ab-

ordnungen ein, in denen sich die Bewohner den italienischen Be-
hörden zur Verfügung stellen und Genugtuung über die Ge-
wärtigung durch Italien bekundeten. Die Zeit arbeite also für
Italien.
Aus dem Danakil-Gebiet werden Aufklärungs-
flüge der Italiener gemeldet, bei denen kleinere abessi-
nische Gruppen festgesetzt werden konnten. An der Somali-
front, die gegenwärtig 500 Kilometer von der Küste entfernt
ist, werden Straßen von der Küste bis zur Front für den Wagen-
verkehr hergerichtet.
Aus dem Gebiet von Entlo, zwischen Adua und Ab-
gati, wird ein beunruhigender Vorfall gemeldet. Die italienischen
Genietruppen hatten dort mit großen Anstrengungen zu kämpfen,
die die neugelegten Telefonlinien zu zerstören versuchten.

Der Streit um den polnischen Generalkonsul
in Mährisch-Osttau.
(Von unserem Mitarbeiter.)

Warschau, im Oktober 1935.
Der polnisch-tschechische Minderheitenstreit, der zu einer
außerordentlich scharfen Zuspitzung der Beziehungen
zwischen Polen und der Tschechoslowakei geführt hat, stellt
sich auf polnischer Seite als Kampf um die Lebensrechte der
polnischen Minderheit im Mährisch-Osttau. Industri-
revier, auf tschechischer Seite dagegen als Kampf um die
Tätigkeit und das Ausüben des polnischen Generalkonsuls
in Mährisch-Osttau dar. Diese grundsätzliche verschiedenen
Ausgangspunkte in den Anschauungen der beiden streiten-
den Parteien muß man verstehen, um die Tragweite der
letzten Entwicklung würdigen zu können, die in der Ent-
ziehung des Exequatur des polnischen Generalkonsuls in
Mährisch-Osttau, Klag, und in den noch scharferen Gegen-
maßnahmen der polnischen Regierung, der Entziehung des
Exequatur der beiden Konsule der tschechoslowakischen Re-
publik in Posen und Krakau, einen vorläufigen Höhepunkt
erreichte.

Italien. Division aus Libyen zurückgezogen

Labals Erklärungen vor dem auswärtigen Ausschuss der Kammer
Paris, 24. Okt.
Über die Sitzung des auswärtigen Ausschusses der Kam-
mer und die Erklärungen Labals finden in der Morgenpresse
noch einige nähere Angaben.
Das Echo de Paris glaubt zu wissen, daß sich Labal am
Mittwochvormittag vor seinem Erscheinen vor dem Ausschuss
telefonisch von Mussolini aus Rom die Ermäch-
tigung geben ließ.
Die Nachricht von der Zurückziehung einer italienischen
Division aus Libyen bekannzugeben.
Mussolini habe Labal geantwortet, er erblicke in dieser Be-
kanngabe nichts Nachteiliges.
Labal habe ferner folgendes auseinandergesetzt: England
habe auf Grund einer italienischen Herausforderung — Drohung
der Presse, Malta zu bombardieren — seine Mittelmeerflotte
verstärken zu müssen geglaubt. Er, Labal, habe England und
Italien wissen lassen, daß er diese Handlungsweise natürlich
finde und daß Frankreich in einem entsprechenden Falle viel-
leicht ebenso gehandelt hätte, daß aber diese Handlungsweise
zwischenfälle heranzuführen könne und nicht dazu angetan sei,
die Beziehungen wieder in Ordnung zu bringen. Er habe da-
her einen Wunsch geäußert; diesen Wunsch erneuere er, ohne
damit die Entscheidungsfreiheit Englands beeinflussen zu wollen.
Der Wunsch laute:
England möge wenigstens einen Teil seiner Flotte aus
dem Mittelmeer zurückziehen.
Auf eine Zwischenfrage habe Labal im auswärtigen Ausschuss
erklärt, wenn Italien als Angreifer gegen die
englische Flotte vorgeinge, die im Mittelmeer weile,
um den gelegentlich des italienisch-abessinischen Streites geplan-
ten Seehindernisse zu verschaffen, würde Frank-
reich der britischen Flotte unverzüglich seinen
Beistand leisten.

Widerspruchsvolle Meldungen
über die Zurückziehung einer italienischen Division aus Libyen.

London, 24. Okt.
Die Nachrichten über die angebliche Zurückziehung einer
italienischen Division aus Libyen widersprechen sich.
Der diplomatische Vertreter des Reiches in London will in
London erfahren haben, daß die italienische Regierung die Zu-
rückziehung der Division angeordnet habe, ohne dafür eine
britische Gegenleistung zu fordern. Tagesgenossen meldet der
römische Vertreter des Reiches, daß ihm von maß-
gebender italienischer Seite eine Erklärung zugekommen sei,
die auf die angeblich von der britischen Regierung angeordnete
Zurückziehung von zwei Schlachtschiffen aus dem Mittelmeer
Bezug nimmt. Falls sich diese Meldung bestätigt, so wird von
italienischer Seite erklärt, werde Italien möglicherweise einen
Teil seiner Streitkräfte aus Libyen zurückziehen, obwohl diese
beiden Maßnahmen nichts miteinander zu tun hätten.
Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph
schließlich hört, Mussolini habe das Angebot gemacht, eine Di-
vision aus Libyen zurückzuziehen. Diese Division werde aber
nicht nach Tripolis zurückkehren, sondern nur nach Tripolis
verlegt werden.

Präsident Roosevelts Appell an die Kirchen

Washington, 24. Okt.
Präsident Franklin Roosevelt hat an höhere Geistliche
verschiedener Kirchengemeinden ein Schreiben gerichtet, in dem
er um ihren Rat und ihre Mitarbeit bei dem sozia-
len Erneuerungsprogramm der amerikani-
schen Regierung bittet. Er ersucht die höheren Geist-
lichen, mit allem Freimuth ihre Ansicht über die heutigen sozia-
len Probleme zu äußern und Verbesserungsvorschläge zum heu-
tigen Regierungsprogramm zu machen. Es heißt in diesem
Schreiben u. a.: „In Erkenntnis der ersten Verantwortung
meines Amtes wende ich mich an führende Geistliche um Rat
und Unterstützung, in der überzeugten Erkenntnis, daß keine
andere Reisengruppe genauere und vorurteilslosere Ansichten
geben kann. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn Sie
mich über die Auffassung Ihrer Kirche zur Zeitlage und ihren
Problemen unterrichten würden. Teilen Sie mir bitte mit,
auf welchem Gebiet Ihrer Ansicht nach unsere Regierung unserm
Volke besser dienen kann. Unsere vielfachen Probleme sind
lösbar, aber nicht von einem Mann oder einer Gruppe. Wir
müssen gemeinsam am gemeinschaftlichen Ziel besserer geistiger
und materieller Lebensbedingungen für unser amerikanisches
Volk arbeiten. Kann ich dabei auf Ihren Rat und Ihre Hilfe
rechnen?“

Gebet um Religionsfrieden in Dublin

Dublin, 24. Okt. Der Erzbischof von Dublin, Msgr. Byrne,
hat an die Geistlichen seiner Diözese ein Schreiben gerichtet,
in dem er sie auffordert, während aller Gebetsübungen und An-

Benzinexplosion in Berlin-Zehlendorf

Berlin, 24. Okt. In einem Wohnhaus in Berlin-Zehlen-
dorf ereignete sich am Donnerstagmorgen eine schwere Benzin-
explosion. Als eine 37 Jahre alte Frau in der Küche ihrer
im Erdgeschoss liegenden Wohnung eine Anzahl Kleidungsstücke
mit Benzin reinigte, sammelten sich Gase, die wahrscheinlich
durch das Herdfeuer zur Explosion gebracht wurden. Die
Frau wurde durch eine Stichflamme gestossen und
brach mit schweren Brandwunden zusammen. Gleichzeitig wur-
den durch den gewaltigen Luftdruck eine Wand erheblich be-
schädigt. Die Verunglückte konnte glücklicherweise verhältnis-
mäßig schnell geborgen werden; sie wurde ins Krankenhaus ge-
bracht.

„Tag der nationalen Solidarität“ am 7. Dez.

Im Programm für das Winterhilfswerk ist infolgedessen eine
Veränderung eingetreten, als der Tag der Nationalen Solidari-
tät anstatt, wie vorgesehen, am 14. Dezember, schon am 7. De-
zember abgehalten werden wird. Die erste Straßenjamboree
findet am 3. November statt.

Schärfer noch als dieser polnische Gegensatz selbst ist
die amtliche Begründung dieser im internationalen Verkehr
zwischen zwei europäischen Staaten ungewöhnlichen Maß-
nahme. Sie geht mit Selbstverständlichkeit davon aus, daß
die tschechoslowakische Regierung die polnische Minderheit
zu liquidieren beabsichtige, daß jede kulturelle und politische
Regierung der Minderheit unterdrückt werde, daß schließlich
sogar die tschechoslowakischen Behörden systematisch provo-
zierten, um dann bei etwaigen Ausschreitungen mit um so
schärferen Unterdrückungsmaßnahmen antworten zu können.
Besonderen Anstoß mußte in Polen schließlich auch die Tat-
sache erregen, daß es sich bereits um den zweiten Fall der
praktischen Ausweisung eines polnischen Generalkonsuls in
Mährisch-Osttau handelt, bei dem es die tschechoslowakische
Regierung zudem nicht einmal für notwendig gehalten hat,
die bevorstehende Entziehung der Tätigkeitserlaubnis des
den Behörden nicht genehmigen polnischen Diplomaten der
polnischen Regierung anzuzeigen oder sie um Zurückziehung
des Generalkonsuls zu ersuchen. In polnischen Regierungskre-
isen herrscht allgemein die auch in der amtlichen Begrün-
dung ausgedrückte Überzeugung, daß die Tschecho-
slowakei bei ihrer Unterdrückungspolitik gegenüber der pol-
nischen Minderheit prominente Zeugen nicht gebrauchen
könne, und daß hauptsächlich darauf auch die Pressebehe
gegen jeden polnischen Generalkonsul in Mährisch-Osttau
zurückzuführen sei. In dem Unruheherd selbst, im Mährisch-
Osttau Industrieviertel, wird der sich an polnische Stellen
wendende Besucher mit einer Fülle von Mitteilungen über
tschechische Unterdrückungsmaßnahmen überschüttet; die
tschechische Schulorganisation baut unter finanzieller Unter-
stützung der Prager Regierung tschechische Schulen in fast
ausschließlich von Polen bewohnten Ortschaften, polnischen
Organisationen mit rein kulturellen Zielen werde unter
dem Vorwand der Unruhestillung jegliche Tätigkeit unter-
bunden, polnische Arbeiter würden unter Androhung des
Verlustes der Arbeitsstelle zur Verleugnung ihres Volk-
stums gezwungen, und schließlich verleihe man sonar die pol-
nischen Genossenschaften, die wichtigste wirtschaftliche Stütze
der polnischen Minderheit, durch Ausbreitung von panik-
erzeugenden Nachrichten und durch andere Maßnahmen
finanziell zu ruinieren. Die polnische Jugend habe in der
Tschechoslowakei gar keine Zukunftsaussichten und werde da-
her zur Abwanderung nach Polen gezwungen. Kurz gesagt,
jede Maßnahme der tschechischen Behörden wird als
Schikane der polnischen Minderheit angesehen. Der andest-
halb Jahrzehnte währende Kampf hat eine verärgerte Atmo-
sphäre der Gerechtigkeit geschaffen, daß sachliche Auseinander-
setzungen zwischen der polnischen Minderheit und dem
tschechischen Staatsvolk kaum noch möglich erscheinen.
Diese Gerechtigkeit ist in demselben Umfange auch auf
tschechischer Seite vorhanden. Die tschechoslowakischen Be-
hörden behaupten, und die tschechische Bevölkerung in dem
amstrittenen Gebiete ist von der Richtigkeit der Behaup-
tungen fest überzeugt, daß die polnische Minderheit keines-
falls Unschuld habe, sich über eine schlechte Behandlung zu be-
klagen. Wird der unparteiische Besucher von den Polen in
eine aus Holz errichtete, räumlich beengte, dörfliche Schule
der polnischen Minderheit geführt, neben der sich eine große
und moderne, aus Stein gebaute tschechische Schule erhebt,
dann führen die Tschechen denselben Besucher in ein anderes
Dorf, in dem das Verhältnis gerade umgekehrt ist. Beklagen
sich die Polen über die Errichtung tschechischer Schulen in
Dörfern mit einer polnischen Mehrheit, dann weisen die
Tschechen darauf hin, daß es ihnen doch wohl erlaubt sein
dürfte, im eigenen Lande eigene Schulen zu errichten. —

Stadtbibliothek

104

Bank
AG im
Ordnung
hin-
dem
lungen
des
öhren
ue Lei-
die Bi-
weit es
n man
kungen
t. Das
n Made
nung
gewinn
d. i. V.
rtotte
W-
omin:
Ver-
ng (8)
15)
de
kt.
er
ise
fg.
s
e